

Wilsdruffer Tageblatt

Wochenblatt für Wilsdruff
und Umgegend.
Erscheint seit dem Jahre 1841.

Amts-Blatt

für die Amtshauptmannschaft Meißen, für das
Amtsgericht und den Stadtrat zu Wilsdruff
sowie für das Forst-
rentamt zu Tharandt.



Bernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6. Postfach-Konto: Leipzig Nr. 28614.

Nr. 282

Sonnabend den 6. Dezember 1919

78. Jahrg.

Amtlicher Teil.

Bezirksausschuß.

Auf dem heutigen Bezirkstage sind von der Bezirksversammlung gemäß §§ 7 ff des Gesetzes vom 5. Juli 1919 folgende Herren zu Mitgliedern des Bezirksausschusses der Amtshauptmannschaft Meißen gewählt worden:

- Bürgermeister Otto Wenddorf in Lommagsh.
- Gemeindeältester Bruno Reil in Brodowiz.
- Gemeindevorstand Bernhard Glöckner in Weindöbbla.
- Gutsbesitzer Max Schreiber in Wilschwiz.

Geschäftsführer Eduard Schmidt in Coswig,
Fabrikbesitzer Adolf Schlichenmaier, Stadtrat in Wilsdruff,
Rittergutspächter Adolf Steiger in Lutterwitz,
Geschäftsführer Emil Trepte in Weindöbbla.

Meißen, am 1. Dezember 1919.

Nr. 1415 I.

Die Amtshauptmannschaft.

Wir bitten höflichst, Anzeigen bis 10 Uhr vormittags aufzugeben.

Ein englisch-lateinisches Bündnis gegen Deutschland.

Kleine Zeitung für eilige Leser.

- Von zutändiger Stelle wird gemeldet, daß die deutschen Dokumente über den Kriegsausbruch am 10. Dezember erscheinen.
- Die bayerische Regierung hat ihren Widerstand gegen den Übergang ihrer Bahnen an das Reich zum 1. April 1920 aufgegeben.
- Die bayerischen Gesandtschaften in Dresden und Stuttgart sind aufgeboten worden.
- Im weiteren Verlauf des Marlobprozesses wurde Oberst Reinhard vernommen.
- Der deutsche Metallarbeiterverband hat fast sein ganzes Vermögen von 40 Millionen für Streikunterstützungen aufgebraucht.
- Die russische Sowjetregierung hat den in Berlin in Schutzhaft befindlichen Nadel zu ihrem Vertreter in Estland ernannt.
- Bei den Gemeindevahlen in Norwegen erlitten die Sozialdemokraten eine schwere Niederlage.

Steuern.

Es ist schwer, wirklich schwer, bei Betrachtung unferer Finanzlage auf den Grund der Dinge zu kommen. Der Erzbergerische Steuerrede vom Mittwoch läßt sich nachahmen, daß sie ein allumfassendes Bild unserer Einnahmen und Ausgaben, ihrer Entwicklung für die nächste Zukunft und der Möglichkeiten, allmählich zu einer Gesundung der völlig zerrütteten Reichs- und Staatsfinanzen zu gelangen, gegeben hat; aber sie mußte eine so große Reihe von unklaren, ja von unbekanntem Faktoren in Rechnung stellen, daß die ganze Lage sich schon morgen wieder von Grund aus veränderten haben kann. Unter solchen Umständen die Bevölkerung willig zu machen zur Übernahme neuer, nach Milliarden und aber Milliarden zählenden Lasten, ist wahrlich keine verlockende Aufgabe. Herr Erzberger hat sie unternommen; mit welchem Erfolge, das läßt sich freilich heute noch nicht beurteilen.

Ausgehen konnte er von der immerhin erfreulichen Tatsache, daß die schon in Weimar beschlossenen Steuern überwiegend günstige Erträge geliefert haben. Windergebnisse aus der Umsatzsteuer, dem Post- und Telegraphenverkehr, dem Verleihen- und Güterverkehr stehen zum Teil erhebliche Mehreinnahmen aus anderen Quellen gegenüber. Von den beiden einmahligen Steuern, der außerordentlichen Kriegsabgabe und der Vermögenszuwachssteuer, erwartet er die Summe von 12 Milliarden, die ihm sozusagen als Reserveposten dienen sollen für den notwendigen Ausgleich an anderen Stellen, wo die Wirtschaft hinter den Erwartungen zurückbleiben sollte. So wird es für möglich gehalten, schon in diesem Jahre die laufenden Ausgaben durch Steuern zu decken. Aber im ganzen wird der zukünftige Ausgabenbedarf, wie bekannt, auf 24 Milliarden veranschlagt. Wie soll man diese Riesensumme bekommen? Herr Erzberger errechnet sich aus den schon erwähnten 12 Milliarden der Vermögenssteuer einen jährlichen Anfall von 700 Millionen, aus dem Reichsnotopfer, dessen Gesamtertrag er mit rund 45 Milliarden annimmt, einen solchen von 1800 Millionen; beides zusammen genommen würde also einen jährlichen Ertrag aus der Vermögensbesteuerung von 3,6 Milliarden Markt bedeuten. Das ist, fügt der Reichsfinanzminister hinzu, mehr als vor der Finanzreform von 1907 überhaupt in Reich, Staat und Gemeinden an sämtlichen Steuern erhoben wurde.

Dazu kommt, an zweiter Stelle, die Besteuerung des Einkommens, die Zentralsteuer der Zukunft. Für sie werden drei Abwandlungen bereitgehalten: die allgemeine Besteuerung, die in Zukunft besonders die unteren Schichten härter als bisher heranziehen wird, die Besteuerung der Körperschaften und der Toten Hand, und endlich die Verbelastung des sogenannten funktierten, also des fest angelegten Einkommens aus Grund und Boden, Gewerbe und Kapitalrente. Das alles hübsch liebevoll angehängt, soll die runde Summe von acht Milliarden jährlich ergeben, in die Reich, Länder und Gemeinden sich zu teilen haben, und dazu noch 2,4 Milliarden, die über-

wiegend beim Reich verbleiben werden. Das bedeutet in der Tat, Herr Erzberger ist weit davon entfernt, es zu verfehlen, eine vollkommene Umwälzung auf finanzwirtschaftlichem Gebiete; aber sie ist uns durch die Verhältnisse aufgezwungen, es bleibt uns keine Wahl. Wertzuwachs, Vermögensübergang durch Vererbung werden natürlich auch nicht vergessen; wobei als neuer Gedanke hinzukommt, daß auch der verhinderte Vermögenszuwachs, und zwar der durch übertriebenen Aufwand verhinderte Zuwachs im Wege einer Art Bestrafung für nicht genügend genügte Sparsamkeit für die Reichskasse herangezogen werden soll. Man sieht, es wird nichts vergehen.

So gelangt Herr Erzberger, um zusammenfassend zu berichten, zu einer Gesamtbesteuerung aus direkten Quellen von rund 16 Milliarden, wovon 9 1/2 Milliarden auf das Reich, 5 1/2 auf Länder und Gemeinden entfallen würden. Dem stellt er an Einnahmen aus indirekten Steuerquellen den Betrag von 11 Milliarden gegenüber, wovon der Löwenanteil von der ihrer endgültigen Verabschiedung entgegengehenden Umsatzsteuer zu fließen ist. Die Entwicklung der Verbrauchssteuern ist natürlich nichts weniger als abgeschlossen; eine Erhöhung der Kohlensteuer, die schon jetzt zwei Milliarden im Jahr abwirft, soll sehr bald vorgeschlagen werden, und auch mit der Ausgestaltung des Branntweinmonopols hat Herr Erzberger mancherlei im Sinn. Aber hier bei den indirekten Steuern drängt sich ihm, sehr begreiflicherweise, der Vorbehalt auf, daß sie nur halten können, was sie versprechen, wenn unsere gesamte Volkswirtschaft wieder ordentlich in Gang kommt — eine Voraussetzung, der gegenüber selbst der Optimismus dieses Mannes sich einigermaßen skeptisch zurückhält. Zusammen, er rechnet mit 15 Milliarden direkten gegen 11 Milliarden indirekten Steuern, von denen noch 1 1/2—2 Milliarden so gut wie ausschließlich von den wohlhabenderen Schichten der Bevölkerung einkommen dürften. Wird dieses Verhältnis Gnade finden vor den Augen der Sozialdemokraten oder gar erst der Unabhängigen? Herr Erzberger enthält sich jeder Prophezeiung, er stellt nur fest, daß 75 % des gesamten riesigen Steuerbedarfs von den Besitzenden genommen werden soll und meint, daß diese Verteilung sich sozial wohl sehen lassen könne. Im übrigen macht er kein Hehl daraus, daß er sehr bald wieder mit neuen Steuervorlagen wird kommen müssen; er ist für stufenweise Abschichtung des Steuerzahlers. Er ist auch für die Hebung der Steuerkraft, für schiedlich-friedliche Verhandlung zwischen Reich, Ländern und Gemeinden bei entschiedenster Stärkung der Steuergewalt des Reiches, er ist für die Heranbildung eines unbefähigten leistungsfähigen Beamtenstandes, ja er ist sogar auch für möglichst Schonung des Steuerzahlers, und ebendieser der Notwendigkeit, um schwere, fast allzu schwere Lasten aufzuerlegen.

Reinhard und Kessel als Zeugen.

Zweiter Tag des Marlob-Prozesses.

Bs. Berlin, 4. Dezember.

Das Gericht fährt heute in der gestern abend begonnenen Zeugenvernehmung fort. Neben einigen weniger wichtigen Zeugen wurde gestern auch Herr Albert Klawunde vernommen, der bis zum 1. April Kommandant von Berlin war. Er ist an dem verhängnisvollen Tage in die Französische Straße gekommen, wo die Erschießungen stattfanden. Als er in den Vorhof des Gebäudes trat, kamen ihm eine Menge aufgeregter Menschen entgegen, die ihm sofort zuriefen: „Herr Kommandant! Helfen Sie uns, wir sollen alle erschossen werden!“ Auf der Treppe sei ihm Marlob entgegengetreten, er habe sich vorgestellt und gefragt: „Herr Kommandant, was machen Sie hier?“ Marlob antwortete: „Wir haben die Volksmarineteilung angefangen, ein Teil ist erschossen worden.“ Der Zeuge erklärte darauf, daß der Befehl des Reichswehrministers nur dahin ginge, wer gegen die Regierungstruppen mit der Waffe kämpfend angetroffen wird, werde sofort erschossen. Marlob habe geantwortet: „Es sind ja auch Wunden dabei.“ „Ich sagte darauf“, so fährt der Zeuge fort, „daß dies Sache der Aufführung durch die Garde sei.“ Marlob erwiderte darauf: „Ich handle auf Befehl.“ Hier ist er! Er zeigte ein Blatt vor. In der Aktenbox hat der Anwalt das Blatt nicht sehen dür-

gen und kann nicht sagen, was darin stand. Sedenfalls habe Marlob den Eindruck gemacht, als handle er unter einem Zwang, unter einem bestimmten Druck. Auf Befragen bekundete Klawunde noch, daß Marlob gesagt habe: „Hier herrscht Standrecht!“

Was Oberst Reinhard ausfragt.

Unter allgemeiner Spannung wird Oberst Reinhard heute als erster Zeuge vernommen. Der Vorstehende hält ihm vor, daß der Angeklagte sich darauf berufe, durch Leutnant Behmeyer den Befehl bekommen zu haben: „Du sollst erschießen, was du irgendwie erschießen kannst, du sollst 150 Mann erschießen.“ Das sei ihm aber zu viel gewesen und er habe nur 80 Leute erschießen lassen. Oberst Reinhard gibt nach der Aufforderung des Vorstehenden einen Überblick über die damalige Lage, die vorausgegangen und noch anhaltenden Kämpfe, Veränderungen usw. und sagt, von Erzellens Witzwort habe er den Befehl erhalten, den Appell der Volksmarineteilung zu verhindern und möglichst viel Gefangene zu machen. Der damalige Oberleutnant, jetzige Polizeihauptmann v. Kessel, wurde mit der Durchführung des Unternehmens betraut. Generalstabsoffizier v. Straven teilte mit, daß Oberleutnant Marlob mit der Durchführung der Aktion beauftragt worden sei. Offiziere seien von allen Seiten gekommen, namentlich seien kleine Gewerbetreibende im Norden während der friedlichen Zeit Tag und Nacht gelehrt worden. Das war das Milieu am Tage des Löbnungsappells in der Französischen Straße, sagt der Zeuge. Der Befehl, den ich für die Verhinderung des Löbnungsappells in der Französischen Straße bekam, betrafte, daß es sich um eine

Reuaufstellung der Volksmarineteilung mitten im Aufstande

handle. Ich nahm nicht an, daß die U. M. D., die eben erst niedergeschlagen war, und die Berlin in dauernder Revolution hielt, es wagen würde, sich zu rekonstituieren, sondern ich glaube, daß nur einzelne verbrecherische Elemente dort zusammenkommen würden. Am nächsten Morgen teilte mir Polizeihauptmann v. Kessel mit, daß sich in der Französischen Straße 75 bis 100 Mann versammelt hätten. Ich kam jedoch zu dem Schluß, daß man deutsche Volksgenossen nicht einfach standrechtlich behandeln könne. Schließlich kamen Meldungen, die besagten, daß Marlob dringend um Hilfe bitte. Das änderte das ganze Bild mit einem Schlag. Da ich für ein rückwärtslos Durchgreifen von höherer Stelle verantwortlich gemacht worden war, schickte ich Leutnant Schröder zu Marlob und ließ ihm sagen, daß es rücksichtslos durchgreifen müsse, daß ich ihn für die einzelnen Handlungen verantwortlich mache, da Unterstellungen von hier aus sehr schwer zu widerlegen seien. Aber Marlob verlangte dringend Hilfe. Ich mußte Marlob helfen und erteilte deshalb einen Befehl. Ich sagte Oberleutnant Marlob solle von seiner Waffe Gebrauch machen;

die beste Unterstützung sei die Kugel.

Singulieren kamen Offiziere von allen Seiten. Es wurde weiter gemeldet, daß 300 Matrosen nach Raabitz abtransportiert wurden, die im Zellengefängnis untergebracht werden sollten. Auch bekam ich die Meldung, daß Matrosen erschossen seien, doch hielt ich das für durchaus gerechtfertigt. Einige Tage später wurde mir mitgeteilt, daß Hauptmann v. Kessel und Oberleutnant Marlob vom Dienst entlassen seien, weil sie bei den Erschießungen nicht ordnungsmäßig vorgegangen seien. Ich wurde gebeten, für die beiden Herren einzutreten. Ich ging deshalb zu Erzellens v. Wittich, um auch gegen mich ein Verfahren zu beantragen, da von mir die Befehle zu dem Unternehmen ausgegangen waren. Es lagen Meldungen des Oberleutnants Marlob an mich vor. Die Meldungen waren nicht erschöpfend. Ich wollte ihm nun helfen, um als Vorgesetzter eine klare Meldung weitergeben zu können. Die Sache mußte unbedingt geklärt werden. Da ich keinen Kriegsgerichtsrat bei meiner Abteilung hatte, hat ich Staatsanwalt Weismann, Oberleutnant Marlob zu vernehmen. Dies geschah in meiner Gegenwart. Marlob sagte damals zu mir: „Herr Oberst, wenn ich nicht bagewesen wäre, hätten Sie keinen von Ihren Soldaten wiedergesehen.“ Den Bericht habe ich weiter gegeben. Ich habe mich dann aus Kameradschaft für Oberleutnant Marlob verwendet. Marlob wurde aber vom Dienst entlassen. Ich habe aber dann eine längere Zeit über die Sache nicht gesprochen und hatte erst später mit Erzellens v. Dorn eine Unterredung, in der davon gesprochen wurde, daß es sich hier zweifellos um eine Reorganisation der Volksmarineteilung gehandelt habe. Jetzt beurteile ich die Sache ganz anders. Oberleutnant Marlob war während meiner Abwesenheit aus Berlin verchieden. Aus den Presseveröffentlichungen habe ich erfahren, daß Leutnant Behmeyer zu Oberleutnant Marlob gesagt haben soll: „Der Oberst ist während auf dich. Du bist ihm zu schwarz, er würde 100 Mann.“